

10. VI. 1917

Vergangenheit und Zukunft des deutschen Parlamentarismus.

Von Professor Max Weber (Heidelberg).

H. Beamtenherrschaft und politisches Führertum.

(Schluß.)*

Nun zum Parlament. — Man mag den parlamentarischen Betrieb hassen oder lieben, — befehtgen wird man ihn nicht. Man kann ihn nur politisch machtlos machen. Die Machtlosigkeit des Parlamentes aber äußert sich in folgenden Konsequenzen: Jeder parlamentarische Kampf ist selbstverständlich ein Kampf nicht nur um sachliche Gegensätze, sondern ebenso: um persönliche Macht. Wo die Machtstellung des Parlamentes es mit sich bringt, daß der Monarch in aller Regel den Vertrauensmann der entschiedenen Mehrheit mit der Leitung der Politik betraut, richtet sich dieser Machtkampf der Parteien auf die Erlangung dieser höchsten politischen Stellung. Es sind dann die Leute mit großem Machtsinstinkt und mit den ausgeprägtesten Führerqualitäten, welche ihn durchsetzen und welche also die Chance haben, in die leitenden Stellungen zu kommen. Denn die Existenz der Partei im Bande und alle die zahllosen Ideellen und zum Teil sehr materiellen Interessen, welche damit verknüpft sind, erheischen dann gebieterisch, daß eine mit Führereigenschaften ausgestattete Persönlichkeit an die Spitze kommt. Es besteht dann und nur dann der Anreiz für die politischen Temperamente und politischen Begabungen, sich der Auslese dieses Konkurrenzkampfes zu unterziehen.

Ganz anders, wenn unter der Firma: „monarchische Regierung“ die Befetzung der höchsten Stellen im Staate Gegenstand des Beamtenadvancements oder höfischer Zufallsbekanntschäften ist, und wenn ein machtloses Parlament diese Art der Zusammensetzung der Regierung über sich ergehen läßt. Auch dann wirkt sich natürlich innerhalb des parlamentarischen Kampfes neben den sachlichen Gegensätzen der persönliche Machtstreben aus. Aber in ganz anderen, subalternen Formen und Richtungen. In der Richtung, welche er seit 1890 in Deutschland eingeschlagen hat. Die kleine, subalterne Patronage ist dann ausschließlich der Punkt, um den sich letztlich alles dreht. Der Konflikt zwischen dem Reichskanzler Fürsten Bülow und dem Zentrum z. B. entsand nicht über sachliche Meinungsgegenstände. Sondern es war wesentlich der Versuch des damaligen Kanzlers, sich dieser Beamtenpatronage des Zentrums zu entziehen. Und das Zentrum steht darin nicht allein. Die konservativen Parteien haben das Beamtenmonopol in Preußen und suchen den Monarchen mit dem Gespenst der „Revolution“ einzuschüchtern, sobald — wie jetzt — diese Pfandeninteressen bedroht werden. Die von den Staatsämtern durch sie ausgeschlossenen Parteien treiben, wie früher die Sozialdemokratie, im Staat eine „negative“ Politik. Denn jede Partei erstrebt als solche: Macht, das heißt: Anteil an der Verwaltung und also am Einfluß auf die Beamtenbesetzung. Bei uns findet das Beamtenrum seine Rechnung dabei, seinerseits sachlich unkontrolliert zu schalten, dafür aber den herrschenden Parteien in Gestalt der kleinen Pfandenpatronage die erforderlichen Trinkgelber zu zahlen. Dies ist tatsächlich der bei uns herrschende Zustand. Er ist die selbstverständliche Folge davon, daß die Partei (oder Parteiloalition), in deren Hand jeweils tatsächlich die Mehrheitsbildung für oder gegen die Regierung im Parlament liegt, nicht in aller Form und offiziell zur Befetzung des verantwortlichen höchsten politischen Postens berufen wird.

Andererseits ermöglicht dies System Leuten, welche die Qualitäten eines brauchbaren Beamten, aber keinen Hauch staatsmännischer Begabung besitzen, sich so lange in leitenden politischen Stellungen zu behaupten, bis irgend eine Zuträge sie zugunsten einer anderen gleichartigen Persönlichkeit von der Bildfläche verschwinden läßt. Wir haben die parteipolitische Beamtenpatronage bei uns wie in irgend einem anderen Land. Nur in unheilvoll verhäßelter Form und überdies so, daß sie stets nur zu Gunsten bestimmter, jeweils als „hoffähig“ geltender Parteimeinungen wirkt. Über diese Einseitigkeit ist bei weitem noch nicht das Uebelste an dem bestehenden Zustand. Sie wäre rein politisch zu ertragen, wenn sie nur wenigstens die Chance böte, daß aus der Mitte jener „hoffähigen“ Parteien politische zur Leitung der Nation qualifizierte Führer in die maßgebenden Stellen aufsteigen könnten. Das aber ist nicht der Fall. Wir knüpfen zunächst an ein rein formelles Hindernis an, welches die jetzige Reichsverfassung dem in den Weg stellt.

Der Art. 9 der Reichsverfassung, letzter Satz lautet: „Niemand kann gleichzeitig Mitglied des Bundesrats und des Reichstags sein.“ Während also in parlamentarisch regierten Ländern es als unbedingtes Erforderliches gilt, daß die leitenden Staatsmänner dem Parlament angehören, ist das in Deutschland rechtlich unmöglich. Der Reichskanzler oder ein zum Bundesrat bevollmächtigter einzelstaatlicher Minister oder ein Staatssekretär des Reichs kann zwar einem einzelstaatlichen Parlament, z. B. dem preussischen Landtag angehören, also dort eine Partei leiten, aber nicht dem Reichstag. Die Bestimmung war einfach eine mechanische Nachahmung des englischen Ausschusses der Peers vom Unterhaus und beruht also auf Gedankenlosigkeit. Sie hat weg zu fallen. Denn es ist nicht einzusehen, warum ein Ab-

*) Vergleiche Erstes Morgenblatt vom 9. ds. Mts.

Bezugspreis:
Ein Vierteljahr in Frankfurt bei
der Expedition M. 7.50, bei den
Agenturen M. 9.—, l. d. Postanstalt
in Deutschland, Belgien d., Joutouch
Postämtern in russ. Posen, Russland
u. nach den besetzten Gebieten von
Frankreich M. 9.—, Bulgarien L. 23.48 st.
Dänemark Kr. 9.75, Griechenland (d. d.
Postamt i. Triest) Kr. 20.48, Holland
fl. 7.20, Luxemburg M. 10.84, Norwegen
Kr. 9.83, Oesterreich (Wien auch
Wollzeile 11) Kr. 18.81, Schweden
Kr. 9.50, Schweiz Fr. 11.45, Türkei
(D. P.) Piaster (Silber) 85¼, Ungarn
Kr. 14.60, unter Streifenband n. d.
Ausland u. New York 20 Broad Street
M. 18.—, ins Feld direkt durch die
Expedition bezogen monatl. M. 3.—
Postbezeichnung Frankfurt (Main) 4430.



(Frankfurt)

Für Stadtgespräche:

10 Angriffsdivisionen in Flandern.

Großes Hauptquartier, 9. Juni.

Weißlicher Kriegschauplatz.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Längs der Yser nur streckenweise lebhafteste Artillerie-

tätigkeit.
Gegen unsere Stellungen östlich von Wytschaete und
Messines richtete sich von mittag ab wieder starkes Zer-
störungsfeuer. Die großen Angriffe erzwungte der Feind un-
ter dem Eindruck der schweren Verluste, welche, wie auch Ge-
fangene bestätigten, die zehn Angriffsdivisionen erlitten hatten,
tagsüber nicht. Nur australische Truppen schickte er zu ver-
geblichen Vorstößen östlich von Messines ins Feuer.

In den Abendstunden entwickelten sich auf beiden Ufern
des Kanals Ypern-Comines und in der Douve-Me-
derung neue Kämpfe, bei denen der Feind keine Vor-
teile erringen konnte.

Vom La Bassée-Kanal bis Senze-Bach war die Kampf-
tätigkeit abends gleichfalls gesteigert. Nächtl. Vorstöße
nordöstlich von Vermelles, südlich von Loos und östlich von
Großflès wurden zurückgewiesen. Starke Kräfte setzte der
Feind zu wiederholten Angriffen südwestlich und südlich von
Lens ein. In erbitterten Nachkämpfen schlugen dort, auf
beiden Ufern des Senze-Baches sowie zwischen dem von
Giverny und Avion und von Vimy auf Mericourt führen-
den jenseitigen Brücken über den westlichen Kanal, die
hinter sich ziehenden Maß seiner Begabung, schwer verständ-
lichen Einfluß dieses Volkstücker begründet.

Aber ein noch so großer Fleiß qualifiziert weder zum
Führer und Leiter eines Staates, noch, was dem Wesen
nach davon keineswegs so verschieden ist, wie unsere
romantischen akademischen Biteraten glauben, einer Partei.
Es hat in Deutschland, nach meiner Kenntnis wenigstens,
früher in ausnahmslos allen Parteien Persönlichkeiten
mit den vollen Eigenschaften eines politischen Führers
gegeben. Und es gibt geborene Führernaturen
auch heute in Deutschland und zwar in großer
Zahl. Ja, wo stecken sie denn? Das ist nach dem früher
Gesagten leicht zu beantworten. Um nur an ein Beispiel
anzuknüpfen, bei welchem die politischen und sozialpolitischen
Ansichten des Betreffenden den meinigen so radikal wie nur
möglich entgegenheseht: glaubt jemand, es sei dem jetzigen
Leiter der Kruppwerke, einem früheren Ostmarkenpoli-
tiker und Staatsbeamten, dem Schicksal an die Sten geschr-
ben gewesen, daß er das größte industrielle Unternehmen
Deutschlands leiten werde und nicht ein maßgebendes
Ministerium oder eine machtvolle Parlamentspartei? Wa-
rum tut er also wohl das eine und warum würde er sich
(wie ich annehme) zu dem anderen wohl unter keinen um-
immer gearteten Bedingungen bereitfinden lassen? Etwa
um bessere Geldeinnahmen zu erzielen? Ich vermute viel-
mehr: aus dem sehr einfachen Grunde, weil ein Mann von
starken Machtsinstinkten und sonst entsprechenden Qualitäten
bei uns infolge der politischen Struktur des Staats — und
das heißt ganz einfach: infolge der Machtlosigkeit des
Parlamentes und dem damit zusammenhängenden reinen
Beamtencharakter der Ministerstellungen — ja ge-
radezu ein Narr sein müßte, um sich in dies jämmerliche Ge-
triebe kollektionalen Ressentiments und auf dies Glatteis höf-
licher Intrigen zu begeben, wenn seinem Können und
Wollen ein Tätigkeitsfeld winkt, wie es in der Heimat die
großindustriellen Werke und Kartelle, international aber die
Bank- und Großhandelsbetriebe zu eröffnen vermögen. Dort-
hin, in den Dienst privatkapitalistischer Interessen, werden
im Wege jener „negativen Auslese“, welche unsere
sogenannte „monarchische Regierung“ praktisch, von allem
Phrasenwerk entblößt, bedeutet, die sämtlichen Führertalente
der Nation abgedrängt. Denn nur auf jenem Gebiet findet
heute so etwas wie eine Auslese von Führerqualitäten über-
haupt statt. Warum dort? Nun, weil die „Gemülltheit“,
und das heißt in diesem Fall: die literarischen Phrasen,
notwendig da aufhört, wo es sich um ökonomische Interessen
von Hunderten und Tausenden von Millionen handelt. Und
warum in der Leitung des Staates nicht? Weil eine der
schlimmsten Erbschaften der Bismarckischen Herrschaft es ge-
wesen ist, daß er kein kaiserliches Regime mit der Legiti-
mität des Monarchen zu bedenken für zweckmäßig
hielt. Das machten seine Nachfolger, die ihrerseits keine
Cäsaren, sondern schlichte Beamte waren, ihm getreulich
nach. Die politisch unermöglichte Nation nahm jene Beden-
ken Bismarcks für bare Münze, während die akademischen
Biteraten den bei ihnen üblichen Beifall spendeten.
Unter Bismarck der eigenen Sorge um die öffentlichen An-
gelegenheiten, speziell die auswärtige Politik, entwich, ließ
sich die Nation infolgedessen etwas als monarchische Regie-